

Änderungsantrag

der Abgeordneten Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn), Dr. Manuel Kiper, Simone Probst, Antje Hermenau, Kristin Heyne, Oswald Metzger, Gerald Häfner und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1997
— Drucksachen 13/5200 Anlage, 13/5836, 13/6021, 13/6025, 13/6026, 13/6027 —**

hier: Einzelplan 30

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft,
Forschung und Technologie**

Der Bundestag wolle beschließen,

im Kapitel 30 04 – Hochschulen, Wissenschaft und Ausbildungs-
förderung –

1. den Titel 681 03 – Zuwendungen an Mittlerorganisationen zur Förderung des Studentenaustausches – um 10 000 TDM aufzustocken,
2. den Titel 882 01 – Ausbau und Neubau von Hochschulen – um 200 000 TDM aufzustocken,
3. einen neuen Titel – Förderung von Nachwuchswissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen in den neuen Bundesländern – in Höhe von 75 000 TDM einzurichten.

Bonn, den 7. November 1996

Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn)

Dr. Manuel Kiper

Simone Probst

Antje Hermenau

Kristin Heyne

Oswald Metzger

Gerald Häfner

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Begründung

1. Spracherwerb und kultureller Austausch sind auf europäischer und internationaler Ebene zu fördern. Studentischen Austausch- und Mobilitätsprogrammen zwischen den Ländern kommt eine immer größere Bedeutung zu. Für Auslandsaufenthalte und -kontakte müssen entsprechende Mittel bereit gestellt werden. Nur so können Völkerverständigung und Toleranz aktiv gefördert werden.
2. Die Förderung des Ausbaus und Neubaus von Hochschulen ist ein zentrales Anliegen von Bund und Ländern. Es ist unverantwortlich, wenn der Mittelansatz 1997 wieder auf das Niveau des Jahres 1995 abgesenkt wird. Der letztjährige Ansatz sollte in der derzeitigen angespannten Haushaltslage um mindestens 2,5 % angehoben werden. Eine Aufstockung des Bundesanteils auf 2 Mrd. DM ist das mindeste, um einen ordnungsgemäßen Betrieb der Hochschulen aufrecht erhalten zu können.
3. Gerade in den neuen Bundesländern ist dringend ein Beitrag für die Sicherung des Wissenschafts- und Industriestandortes Deutschland zu leisten. Nach der Abwicklung der Akademien der DDR und der Evaluation der dort beschäftigten Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen besteht ein dringender Handlungsbedarf, um das in den neuen Ländern vorhandene Potential abzusichern. Hierzu sind außerhalb des unzureichenden Hochschulsonderprogramms III eigenständige Mittel zur Verfügung zu stellen.